

Vertrauen in die Zukunft

Wir sind auf einem guten Weg in Deutschland



Liebe Freunde,

die im September 1985 begonnene „Offensive '87“ war vom ersten Tag an ein großer Erfolg! Mit tatkräftigem Einsatz haben unsere Mitglieder in den Verbänden die Informationsmaterialien der CDU verteilt und dadurch viele Bürger über die erfolgreiche Politik der Regierung Helmut Kohl informiert.

Im Frühjahr 1986 gilt es nun, die Arbeit mit frischem Schwung weiterzuführen. Die Regierung Helmut Kohl hat große Erfolge erzielt: Die Wirtschaft wächst unvermindert weiter. Die Preise sind stabil. Es gibt wieder neue Arbeitsplätze. Durch unsere Außen- und Sicherheitspolitik ist der Frieden sicherer geworden. Die bisher größte Verbesserung für Familien seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ist am 1. Januar 1986 in Kraft getreten.

Zu allen diesen Bereichen unserer erfolgreichen Politik gibt es neue Informationsmaterialien: Eine neue Ausgabe von „CDU extra“ ist das zentrale Massenverteilungsmittel zur Fortsetzung der „Offensive '87“.

Im neuen Faltblatt „20 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl“ sind — zum Weitersagen und Weitertragen — die Erfolge der Regierung Helmut Kohl kurz und knapp zusammengefaßt. Kurzgefaßte politische Infor-

HEUTE LESEN SIE:

- **FLUGBLATT:**
Achtung, Fangfrage
Seite 16
- **DGB-BEFragung:**
Das Ergebnis steht schon fest
Seite 17
- **BILANZ:**
Helmut Kohl: Wir werden den
erfolgreichen Weg fortsetzen
Seite 18
- **SDI:**
Deutsche Interessen gesichert —
Die SPD bricht mit den
Grundlagen der deutschen Außen-
und Sicherheitspolitik
Seite 20
- **PREISE:**
Inflation gleich Null
Seite 24
- **NEUE HEIMAT:**
Eine Kette von Skandalen
Seite 27
- **DOKUMENTATION:**
Musterrede (grüner Teil)

mationen enthält ebenfalls der Fußballweltmeisterschaftskalender, der für alle Fußballfreunde ein unentbehrlicher Begleiter werden wird.

Broschüren, Flugblätter, Argu-Karten und ein neuentwickeltes „Erfolgsposter“ sind weitere wichtige Materialien zum Informieren und Verteilen.

Machen Sie mit! Informieren Sie eine breite Öffentlichkeit über die erfolgreiche Politik der Regierung Helmut Kohl. Zeigen auch Sie durch Ihr Beispiel deutlich: Wir sind auf einem guten Weg in Deutschland.

Ihr

Helmut Kohl

Weitersagen! 20 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl

Das neue Info-Faltblatt der CDU informiert über die 20 wichtigsten Erfolge der Regierung Helmut Kohl: Von Wirtschaftswachstum bis Erziehungsgeld, von Preisstabilität bis Friedenssicherung; von sicheren Renten bis umweltpolitischen Erfolgen.

Weitersagen:
20 Pluspunkte
der Regierung
Helmut Kohl

CDU
sicher
sozial
und frei

Vertrauen in die Zukunft
Wir sind auf einem guten
Weg in Deutschland

Technologie

**Made in Germany:
deutsche Technologie
eher vorn**

Wissenschaftler erhalten wieder Nobelpreise. Erfindung und unsere Technik können wieder Spitze mithalten. Unsere internationale Fähigkeit ist wieder gesichert. Noch vor ein Bestand die Gefahr, daß wir hoffnungslos USA und Japan zurückfallen.

Helmut Kohl hat uns in der modernen Technik nach vorn gebracht.

Wir wieder Vertrauen in die Zukunft. Internationale Wettbewerbsfähigkeit schafft moderne und menschliche Arbeitsplätze.

der Spitze.

Sozialhilfe

**Mehr Sozialhilfe, höheres
Erziehungsgeld: Wir helfen
den Bedürftigen**

Regierung hat Schluß gemacht mit der Schuld der SPD, sie hat den Sozialhaushalt wieder solide Grundlage gestellt. Wer Hilfe in sich darauf verlassen, daß er Hilfe im ersten Mal seit über zehn Jahren wurde Kürzungen im sozialen Bereich vorge-

Die Regelsätze der Sozialhilfe zum 1. Juli und acht Prozent erhöht. Studierende mit einem Kind (bis zu 7 Jahre alt) (Elternteiler über 60 Jahre erhalten zusätzlich einen Regelsatz einen Zuschlag von 20 Prozent rund 100 Mark.

Einheit

**Mehr menschliche Begegnungen – wir wahren
Deutschlands Einheit**

Wahlpolitik der Regierung Helmut Kohl ist nicht illusionös. Wir wahren den Anspruch auf Deutschlands und wir machen die Folge für die Menschen erträglicher.

Regierung Helmut Kohl erreicht:

Die Höchstdauer für DDR-Besuche von 60 Tagen im Jahr. Rentner können jetzt 60 Tage in die DDR dürfen auch Bekannte besuchen.

Der Besuchsverkehr wurde die Geltungsmehrfach-Berechtigungscheine von drei Monaten verdoppelt. Die Aufenthaltsdauer eines auf zwei Tage erhöht.

Die Zahl der DDR: In den Jahren 1984 und 1985 um 2,5 Millionen.

Die Stummschätzungen wieder gesenkt. Die Zahl der bis zum 14. Lebensjahr entfällt die Pflicht; für Rentner wurde der bisherige Erziehungsgeld auf 25 auf 15 Mark gesenkt.

Die Regierung intensiver verhandelt: Gegenwärtig 20 verschiedene Fragenkomplexe mit Ausgänger behandelt.

Zivildienst

**Mehr Gerechtigkeit
im Wehrdienst und
Zivildienst**

Die Regierung Helmut Kohl hat sofort nach der Regimie die Ungerechtigkeit im Wehrdienst beseitigt:

Die mündliche Gewissensprüfung für die überwiegende Mehrheit der Antragsteller entfällt. Der Zivildienst dauert ein Drittel länger als der Wehrdienst.

Der Zivildienst dauert ein Drittel länger als der Wehrdienst. Die Zahl der Zivildienstleistenden rund 36.000 (1982) auf 50.000 (1985) und die Zahl der Antragsteller hat sich verringert.

Die Wehrdienstleistungen werden ohne die Bereitschaft zur Verteidigung geübt. Mit seinem Wehrdienst leistet der Zivildienstleistende einen Beitrag zu aktiven Friedenssicherung. Wehrdienst ist daher Friedensdienst. Zivildienstleistungen verdienen unsere Anerkennung. Pflichtigen werden finanziell besser gestellt. Die Wehrdienstleistungen sind Wehrsolderhöhungen und eine Entlassungsgeldes von 1.110 auf 2.500 Mark.

Die Wehrdienstleistungen werden ohne die Bereitschaft zur Verteidigung geübt. Mit seinem Wehrdienst leistet der Zivildienstleistende einen Beitrag zu aktiven Friedenssicherung. Wehrdienst ist daher Friedensdienst. Zivildienstleistungen verdienen unsere Anerkennung. Pflichtigen werden finanziell besser gestellt. Die Wehrdienstleistungen sind Wehrsolderhöhungen und eine Entlassungsgeldes von 1.110 auf 2.500 Mark.

Die Wehrdienstleistungen werden ohne die Bereitschaft zur Verteidigung geübt. Mit seinem Wehrdienst leistet der Zivildienstleistende einen Beitrag zu aktiven Friedenssicherung. Wehrdienst ist daher Friedensdienst. Zivildienstleistungen verdienen unsere Anerkennung. Pflichtigen werden finanziell besser gestellt. Die Wehrdienstleistungen sind Wehrsolderhöhungen und eine Entlassungsgeldes von 1.110 auf 2.500 Mark.

**Kabel, Satelliten,
Neue Medien: Mehr
Informationsfreiheit**

Die Regierung Helmut Kohl hat ein klares „Ja“ zu den neuen Kommunikationsmedien gegeben. Denn mehr Angebote an Information, Bildung und Unterhaltung dienen dem Bürger. Die SPD, zum Teil in Aktionsgruppen, sperrt sich gegen neue Technologien und gegen die Verbreiterung des Informationsangebots.

Die Regierung Helmut Kohl hat die notwendigen Voraussetzungen für die Entwicklung der Medien geschaffen. Die Bundesländer gleichzeitig fördert sie den Ausbau der Informationsinfrastruktur in der Bundesrepublik. Die neuen Techniken ermöglichen eine Arbeitsplätze in der Mikroelektronik, Fernstudien, Bürokommunikation und Unterhaltung.

Die Medien gehören zu einer freien Gesellschaft.

Mindestabnahme: 100 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 13,50 DM
Bestell-Nr.: 2793

CDU extra: „Auf einem guten Weg in Deutschland“

Die neue Ausgabe von „CDU extra“ enthält eine aktuelle Bilanz der erfolgreichen Politik der Regierung Helmut Kohl. Sie ist das ideale Verteilmittel für die Frühjahrsaktionen der CDU-Verbände.

Der Frühjahrs-Tip von Max Inzinger: So fühlen Sie sich wieder fit (S. 4)

Na, wie war's im Urlaub? Schreiben Sie uns mal
Seite 3

CDU extra

Kurven, die man gerne sieht
Seite 4

Hände weg vom Sex mit Kindern!
Die unheilvolle Allianz von Rot-Grün Seite 2

Die Regierung Helmut Kohl schafft Vertrauen in die Zukunft

Auf einem guten Weg in Deutschland



Die Bürger haben ein Vertrauen in die Leistungsfähigkeit zurückgefunden. Ein neuer Mut zur Zukunft hat verjagte Pesimisten abgeholt. Noch sind Probleme zu lösen, aber bereits können wir mit Vertrauen in die Zukunft sagen: wir werden diese Herausforderung gemeinsam meistern. Wie sind auf einem guten Weg. **CDU**
Bundeskanzler Helmut Kohl

Das hat es lange nicht mehr gegeben. Bereits im vierten Jahr befindet sich die Bundesrepublik in Aufbruch. Das Deutschland geht es gut. Die Bürger wieder voller Vertrauen in die Zukunft. Aus der Angst zu SPD-Zeiten ist wieder Hoffnung gewachsen. Die Bundesregierung unter leitender Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl hat dafür gesorgt, daß wir auf einem guten Weg sind in Deutschland. Berichte in dieser Ausgabe.

Rau schröpft die Steuerzahler für Neue Heimat

Im Ministerienrat von die gewerkschaftliche New Heimat spricht sich die Gewissen von Ge

§ 116: Alles klar

Die Mehrheit des Bundestages hat sich nicht dem Druck der Straße begeben. Vielmehr hat die Regierungsvollmacht mit der Verabschiedung des vorgefahrenden...
Der Arbeitslosen- oder Kurzarbeiterlohn...
Staat in einer allgemeinen Gesundheitskrise...
Die staatliche Neutralität im Arbeitsmarkt ist gefährdet...
Allen in allem bringt das neue Gesetz viele Vorteile für die Arbeitnehmer. Das ist nach langen Verhandlungen dazu gekommen ist, daß die CDU und deren Sozialdemokraten zu verhandeln...
Und es ist einem Politiker...
Kolle als Minister...
Arbeitslosen und Arbeitgebern bis an den Rand der...
Ende geführt hat. Bundes...
Festsetzung sein

So schön ich täglich meine Haushalts-Kasse

Frauen kaufen preisbewußt ein. So auch Deutsche Hausfrauen, die hier mit ihrer Tochter Anika beim Lebensmittelkauf unterwegs ist. Also, wirklich, sagt die junge Hausfrau, ich spüre das echt, daß die Preise statt



steht. Ich nehme zusammen mit unserer Haushaltskasse an. Ja, so ist es. Wir haben stabile Preise, das bringt die Wandel in Geldbeutel aller Bürger. Löhne und Gehälter steigen tatsächlich und nicht nur auf dem Papier. 1 Prozent weniger Preissteigerung bedeutet 1 Milliarden Markt mehr Kaufkraft. Die Stabilitätspolitik der Bundesregierung bringt somit alle Bürger viele Millionen Markt an Kaufkraftzuwachs. Das ist besser als jedes schuldensanierte Beschäftigungsprogramm. Preisstabilität ist die beste Sozialpolitik, das spüren alle Bürger.

NACHRICHTEN

Informationstechnik mit zweifelligen Zuwachsraten

Die Informations- und Kommunikationstechnik, die 1981 einen Nachwachstum von 14,4 Prozent aufwies, rechnet sich dieses Jahr mit einem realen Wachstum von 15 Prozent.

Kredite auf breiter Front billiger

Deutlicher und schneller als im August erwartet, haben nach der jüngsten Inflationsenkung die Kreditlinien nach.

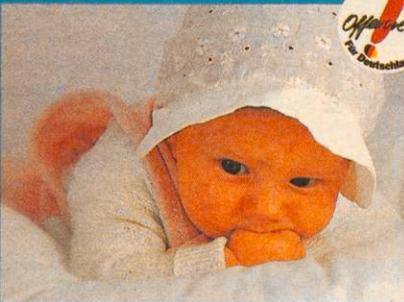
Tierschutz wird stark verbessert

Initiative der CDU/CSU wird der Tierschutz in der Bundesrepublik stark verbessert.

Autofahrer: Schadstoffarm und Dieseltr

Der boom des umweltfreundlichen Autofahrens hält weiter an. Gegenüber dem Vorjahresstand sind die Schadstoffemissionen um 10 Prozent gesunken. Dies ist ein Zeichen für ein neues Bewußtsein der Autofahrer. Und über 2000 neue Autos sind im August an die Straße gekommen. Das ist ein Zeichen für ein neues Bewußtsein der Autofahrer.

Mindestabnahme: 250 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 15,00 DM
Bestell-Nr.: 2748



Wir in der CDU
Offensive '87
für Deutschland

Erziehungsgeld – Erziehungsurlaub – Erziehungsjahr

Wir lieben Kinder

CDU
sicher
sozial
und frei

Vertrauen in die Zukunft
Wir sind auf einem guten
Weg in Deutschland

Wir lieben Kinder!



Wir in der CDU
Offensive '87
für Deutschland

10 Milliarden Mark – nur für unsere Familien!

Bei uns steht die Familie im Mittelpunkt. Die Bundesregierung gibt jährlich (1) über 10 Milliarden Mark zusätzlich für Familien aus.

Damit werden Mütter und Väter endlich so entlastet, wie das Bundeskanzler Helmut Kohl bei Amtsantritt versprochen hatte.

Es ist schön, daß es leichter geworden ist, sich für Kinder zu entscheiden – denn Kinder sind die Zukunft unseres Landes.

Unsere Familienpolitik

Die familienpolitischen Gesetze, die am 1. Januar 1986 in Kraft getreten sind, stellen die größte Verbesserung für Familien seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland dar. Broschüre und Flugblatt zur Familienpolitik informieren über alle entscheidenden Verbesserungen.

Broschüre: Erziehungsgeld – Erziehungsurlaub – Erziehungsjahr Wir lieben Kinder

Mindestabnahme: 50 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 17,00 DM
Bestell-Nr.: 5786

Flugblatt: Wir lieben Kinder!

Mindestabnahme: 500 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 16,00 DM
Bestell-Nr.: 1759

Kinder, Kinder,

ist das ein Familienpolitik!

Das 10-Milliarden-Familienpaket umfasst:

- Erziehungsgeld und -urlaub für Vater oder Mutter.
- Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung.
- Höhere Kinderfreibeträge und Kinderzuschläge
- Steuer-Erleichterungen für Alleinerziehende.
- Unbürokratische Hilfen durch die Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“
- Wiedereinstellung des Kindergeldes für obsoleten Jugendlichen unter 21 Jahren.
- Erhöhung der Ausbildungsfreibeträge
- ...und noch vieles Wohngeld!

Stabile Preise – gerade auch für Familien eine gute Sache



Die Preise sind wieder stabil. Das bedeutet, die Arbeitnehmer haben wieder mehr Geld in der Tasche. Die Löhnerhöhungen werden nicht von Inflation aufgezehrt.

Den Aufkleber bekommen Sie bei uns:

Wo Sie Kinder lieben, können Sie dies auch zeigen. Das Aufkleber der CDU erhalten Sie über die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Adenauer-Str. 1300 Bonn.

Wir lieben Kinder! **CDU**

Das haben unsere Mütter verdient: Für die Kindererziehung gibt's Rent

Endlich ist ein großes Unrecht in der Rentenversicherung beseitigt worden: Seit Januar dieses Jahres wird für jedes Kind in der gesetzlichen Rentenversicherung ein Erziehungsjahr anerkannt, wenn die Mutter zu diesem Zeitpunkt das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Außerdem wurde die Wartezeit in der Rentenversicherung von 15 auf 5 Jahre verkürzt – jetzt müssen Mütter nicht mehr leer ausgehen!

Mütter bekommen Erziehungsgeld...

600 Mark monatlich gibt es seit Januar dieses Jahres für jede Geburt – 10 Monate lang, ab 1.1.88 sogar für ein Jahr.

Bei Kindern gibt's mehr Geld:

Der Kinderfreibetrag ist von 432 Mark je Kind auf 2.484 Mark angehoben worden. Eltern, die den höheren Freibetrag nicht oder nur teilweise ausschöpfen können, erhalten einen Kindergeldzuschlag von bis zu 552 Mark im Jahr.

Familien haben es leichter:

- mit Erziehungsgeld
- mit Erziehungsurlaub
- mit der Anrechnung von Erziehungsjahren

Den Aufkleber bekommen Sie bei uns:

Wo Sie Kinder lieben, können Sie dies auch zeigen. Das Aufkleber der CDU erhalten Sie über die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Adenauer-Str. 1300 Bonn.

Wir lieben Kinder! **CDU**

Vertrauen in die Zukunft. Wir sind auf einem guten Weg in Deutschland.

CDU
sicher
sozial
und frei

Aufkleber:

„Wir lieben Kinder“



Wer diesen Aufkleber benutzt, drückt seine Verbundenheit mit der CDU-Familienpolitik aus.

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 12,00 DM
Bestell-Nr.: 9731

Broschüre: Wir lieben Kinder

Informationen zur neuen Familienpolitik

Diese reich bebilderte Broschüre mit übersichtlichen Tabellen eignet sich hervorragend als informatives Verteilmittel.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 15,00 DM
Bestell-Nr.: 2727

Wandzeitung: „Wir lieben Kinder“

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

Das Motiv der Wandzeitung „Wir lieben Kinder“ gibt es jetzt auch als Postkarte.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 10,00 DM
Bestell-Nr.: 9795

WIR LIEBEN KINDER



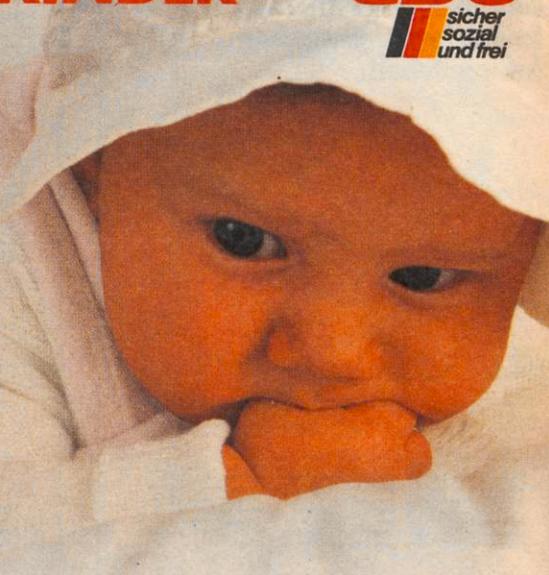
Unser Land soll kinderfreundlicher werden, weil es ohne Kinder eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht nicht gibt. Deshalb haben wir mit der jahrelangen Benachteiligung von Familien mit Kindern Schluß gemacht.

Mit dem 10-Milliarden-Familienpaket werden jetzt Familien mit Kindern unterstützt.

Damit es Familien mit Kindern wieder besser geht:

- Erziehungsgeld für Mütter oder Väter in Höhe von 600 DM monatlich für Kinder, die nach dem 31. Dezember 1985 geboren sind.
- Erziehungsurlaub von 10 Monaten, der mit dem Erziehungsgeld verbunden ist und in dem Kündigungsschutz besteht.
- Anrechnung der Erziehungszeit in der gesetzlichen Rentenversicherung von einem Jahr pro Kind. Das hat es noch nie gegeben.
- Anhebung der Haushalts- und Kinderfreibeträge sowie Einführung eines Kindergeldzuschlages.

Politik für Familien mit Kindern ist Politik für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Für die Zukunft unseres Landes.





**Wir in der CDU
Offensive '87
für Deutschland**

Das ist der Aufschwung:

**Steigende Einkommen
Stabile Preise
Sichere Arbeitsplätze**

CDU
sicher
sozial
und frei

**Vertrauen in die Zukunft
Wir sind auf einem guten
Weg in Deutschland**

Unsere Wirtschaftspolitik

Seit vier Jahren geht es ständig bergauf. Das Wirtschaftswachstum ist das Zeichen einer gut funktionierenden Wirtschaft. Der Aufschwung ist da. Er schafft Wohlstand und neue Arbeitsplätze.

Die wichtigsten Daten der erfolgreichen Wirtschaftspolitik sind in der neuen Broschüre enthalten.

Die Flugblätter zu den Themen

- Wirtschaftspolitik
- Steuerpolitik
- Preisstabilität

geben darüber hinaus wichtige Einzelinformationen in Kürze.

**Das ist der Aufschwung.
Immer mehr Menschen
haben Arbeit.**



**Wir in der CDU
Offensive '87
für Deutschland**

Es geht aufwärts mit den Arbeitsplätzen

Wir haben es geschafft: Die solide Wirtschaftspolitik der Regierung Helmut Kohl brachte in kürzester Zeit wieder positive Wachstumstendenzen. In diesem Jahr wächst unsere Wirtschaft

nach dem neuesten Prognose um 3-3,5 Prozent. Das spürt auch der Arbeitsmarkt, der immer mehr neue und sichere Arbeitsplätze bietet – allein 1986 wurden rund 350.000

Menschen Arbeit finden. Und außerdem spielt jeder Arbeitnehmer das Wachstum in der Lohnstufe – die verfügbaren Einkommen wurden um etwa 5 Prozent steigen.

Arbeitsplätze – stark im Kommen:

Bei Beginn der Regierungsübernahme durch die CDU vor vier Jahren wurde die Wirtschaft noch wieder angekratzt; damals waren nur eine verschärfte Wirtschaftspolitik und sichert neue Arbeitsplätze – und trägt somit zu mehr Beschäftigung bei. Inzwischen – und das ist der Erfolg der Regierung Helmut Kohl – geht die wirtschaftliche Aufschwung ins vierte Jahr. Seit der Jahreswende 1983/84 haben rund 300.000 Menschen Arbeit gefunden. Dazu gibt es allein 1985 eine Welle von 218.000 Firmenangehörigen. Das bedeutet mehr Selbständige. Für 1986 wird mit einem weiteren Anstieg der Beschäftigten-Zahl auf etwa 300.000 gerechnet. Damit sind innerhalb von 3 Jahren weit über eine halbe Million neuer Arbeitsplätze geschaffen worden.

Made in Germany: Deutsche Technologie wieder vorn

Es ist noch nicht lange her, da lag die deutsche Technologie abgegriffen hinter Japan und den USA. Als unsere Politik haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die deutsche Wirtschaft bei der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien wieder an der Spitze steht. Die technisierte und leistungsstarke SPG-Wirtschaftspolitik hat moderne Technologien und durch den Strukturwandel blockiert. Wir sind wieder vorn, so bei Mikroschicht- und Biotechnologie. Und das noch nur vier Jahren.

Die Preise bleiben, wohin sie hingehören: Unten

Seit den vier Jahren hat es das nicht mehr gegeben: Unsere Preise sind stabil wie zu Ludwigshafen Zeiten. Mit nur rund 1 Prozent sind viele Deutschen Wohlstand in Stabilität. Das zahlt sich für alle Bürger aus. Für die Arbeitnehmer: Von der Lohnsteigerung bleibt wieder etwas übrig. Für die Rentner: Ihre Rentenerhöhung ist wieder mehr wert.

Lehrstellenrekorde: Wieder Zukunft für die Jugend

Es ist besonders das Verdienst von Bundeskanzler Helmut Kohl, daß in den letzten Jahren so viele Ausbildungsplätze geschaffen wurden wie nie

Das ist der Aufschwung:

- Sichere Arbeitsplätze
- Steigende Einkommen
- Stabile Preise

**Vertrauen in die Zukunft.
Wir sind auf einem guten Weg
in Deutschland.**

CDU
sicher
sozial
und frei

**Broschüre:
Das ist der Aufschwung:
Steigende Einkommen
Stabile Preise
Sichere Arbeitsplätze**

Mindestabnahme: 50 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 27,00 DM
Bestell-Nr.: 5776

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Versmold

**Flugblatt:
Das ist der Aufschwung.
Immer mehr Menschen
haben Arbeit.**

Mindestabnahme: 500 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 16,00 DM
Bestell-Nr.: 1755

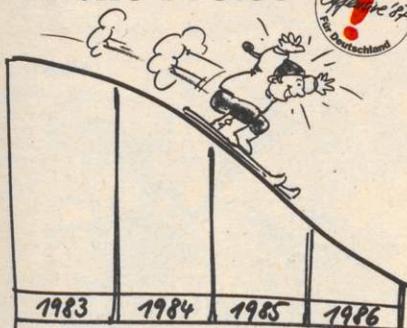
**Flugblatt:
Das kommt allen zugute:
Stabile Preise**

Mindestabnahme: 500 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 16,00 DM
Bestell-Nr.: 1760

**Flugblatt:
Was uns allen zugute kommt:
Steuersenkung!**

Mindestabnahme: 500 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 16,00 DM
Bestell-Nr.: 1756

**Das kommt allen zugute:
Stabile Preise**



**Weil es mit den Preisen bergab geht,
können wir mit unserem Geld mehr anfangen**

Erinnern wir uns: 1981 hatte die SPD die Inflation auf 6,3% hochgetrieben. Lohn- und Rentensteigerungen wurden sofort von der Inflation aufgefressen. Heute sind wir – wie

schon unter dem Wirtschaftswunder-Professor Ludwig Erhard – bei rund einem Prozent (1%) angelangt. Das ist eine einmalige Leistung auf der Welt. Sie wird vom Ausland bewundernd

anerkannt. Das Geld im Portemonnaie reicht also länger oder für mehr. Man kann wieder verlässlich mit der Zukunft rechnen. Denn auch die Zinsen sinken – Kredite sind wieder billiger.

**Was uns allen zugute kommt:
Steuersenkung!**

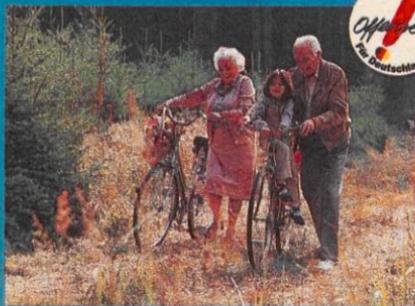


20 Milliarden Mark mehr in den Taschen der Deutschen

Als unter der SPD die Schulden stiegen, stiegen natürlich die Steuern und Abgaben immer mit. Wir dagegen haben gespart, zuviel neue Schulden vermieden. Jetzt können

die Bürger am positiven Ergebnis teilhaben: Seit 1986 werden – vor allem die Besitzer kleiner und mittlerer Einkommen sowie Familien mit Kindern – spürbar entlastet.

1988 gibt es sogar einen Nachschlag – dann werden noch mehr Steuern gesenkt. Das Ergebnis: Weniger Steuern, wir Bürger behalten mehr übrig.



Sichere Renten Solidarische Hilfe Sozialer Fortschritt

CDU
sicher
sozial
und frei

Vertrauen in die Zukunft
Wir sind auf einem guten
Weg in Deutschland

Unsere Sozialpolitik

Soziale Leistungen, die den wirklich Bedürftigen zugute kommen, sichere Renten, das sind Informationen, die wir jetzt weitertragen müssen!

Broschüre:

Sichere Renten – Solidarische Hilfe – Sozialer Fortschritt

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 17,00 DM

Bestell-Nr.: 5790

Flugblatt: Wir schaffen soziale Gerechtigkeit. Für alle!

Mindestabnahme: 500 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 16,00 DM

Bestell-Nr.: 1758

Flugblatt: Unsere solide Politik garantiert sichere Renten

Mindestabnahme: 500 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 16,00 DM

Bestell-Nr.: 1761

Wir schaffen soziale Gerechtigkeit. Für alle!



Wir kümmern uns um den Menschen

Wer – wie die SPD – schlecht wirtschaftet, kann zu Dauer nicht sozial sein. Weil dann das Geld fehlt. Deshalb hat die CDU den Sozialetat zunächst einmal wieder solide finanziert. Erstmals seit 10 Jahren

gab es 1985 keine Kürzungen im Sozialhaushalt. 1986 gab es sogar erhebliche Verbesserungen. Dabei haben wir uns um die Probleme sehr vieler Menschen gekümmert. Den meisten konnte geholfen werden,

insbesondere unseren Familien, Rentnern, Arbeitslosen, Mietern und vielen sozial Schwachen. Daß es auch wieder stabiles Wachstum und niedrige Preise gibt, das nützt schließlich uns allen.

Unsere solide Politik garantiert sichere Renten



Sicherheit und Geborgenheit im Alter

Es gibt keinen Zweifel: Die Renten sind sicher. Niemand braucht sich Sorgen zu machen. Noch vor drei Jahren stand unser Rentensystem fast vor der Zerrüttung.

Das war das Ergebnis der unsoliden Politik der SPD. Heute ist es so: Die Regierung Helmut Kohl hat auch die Rente wieder auf eine solide Basis eingestellt.

Außerdem: Die Preise sind so stabil wie zu Erhard's Zeiten. Das heißt: Die Inflation frißt den Rentnern ihre Ersparnisse nicht mehr weg.

Unsere Umweltpolitik

Erste Erfolge im Umweltschutz: Luft und Wasser werden sauberer. Mit ihrem Entschieden Handeln hat die Regierung Helmut Kohl für mehr Umweltbewußtsein gesorgt.

Broschüre: Aus Liebe zur Heimat – Gemeinsam für eine lebenswerte Umwelt

Mindestabnahme: 50 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 21,00 DM
Bestell-Nr.: 5792

Flugblatt: Aus Liebe zur Heimat: Wir schützen die Umwelt

Mindestabnahme: 500 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 16,00 DM
Bestell-Nr.: 1757

**Aus Liebe zur Heimat:
Wir schützen die Umwelt**

Gemeinsam für eine lebenswerte Zukunft

Nach nie hat eine Bundesregierung soviel für die Umwelt getan: Wir haben die wichtigen Umweltgesetze verschärft und das schadstoffarme Auto eingeführt. Das war längst überfällig. Das war längst hat im Umweltschutz zwar

jährhundert viel geredet, aber nicht gehandelt. Jetzt endlich geschieht im Umweltschutz mehr als in den 13 Jahren SPD-Regierung zusammen. Wir sind auch im Umweltschutz auf dem richtigen Weg.

Erste Erfolge im Umweltschutz: Luft und Wasser sauberer

**Aus Liebe zur Heimat
Gemeinsam für eine lebenswerte Umwelt**

CDU
sicher sozial und frei

**Vertrauen in die Zukunft
Wir sind auf einem guten Weg in Deutschland**

Darüber hinaus haben wir das beste Lebensmittelgesetz der Welt und sorgen damit für gesunde Ernährung.

Vorreiter in Europa

Mit allen Ihren Initiativen auf europäischer Ebene ist die Bundesregierung Motor des Umweltschutzes in der europäischen Gemeinschaft: in der Luftreinhaltung, beim Wasser- und beim Bodenschutz.

Immer weniger Qualm und Schmutz

Jahr	1962	1967	1972	1977	1982	1987
Qualm und Schmutz	100%	~85%	~70%	~55%	~40%	~25%

Das ist bemerkenswerter Umweltschutz in wenigen Jahren: gehen die Belastungen durch Schwefeldioxid um 60% und die Verschmutzung durch Stickoxide um die Hälfte zurück.

Ein Hoch auf unsere bessere Luft!

Für unsere Kinder, für unseren Wald: Wir haben eine um saubere Luft gekümmert. Kraftwerke, Industrie und Gewerbe müssen strengere Auflagen befolgen – die Abgase müssen umweltschonender und sauberer als jemals zuvor sein.

Auch die Bürger machen mit. Schon bald sollen nach Schätzungen von Experten über 40% der Neuzugänge „saubere Autos“ sein.

Es gibt also viele gute Gründe, wieder aufzutauchen.

Ein Gesetz, das sich gewaschen hat:

Das neue Waschmittelgesetz sorgt dafür, daß das Waschwasser unsere Wasserschichten angereicherter wird. Die schädlichen Phosphate werden weiter reduziert. Ergebnis: Unsere Gewässer können auf. Das ist Umweltpolitik, die sich gewaschen hat.

Das ist unser Weg in die Zukunft

CDU-Politik für eine saubere und gesunde Umwelt.

- saubere Luft zum Atmen
- sauberes Wasser in Flüssen und Seen
- schadstoffarmer Boden
- Pflege der Natur
- gesunde Ernährung und auch bei der Erhaltung in frischer Luft

Gesunde Umwelt ist unser tägliches Brot

Die Bundesregierung hat weltweit die erste Regierung ein umfassendes Konzept zum Schutz von Boden und Landschaft vorgelegt.

Vertrauen in die Zukunft. Wir sind auf einem guten Weg in Deutschland.

CDU
sicher sozial und frei

Unsere Außenpolitik

Der Frieden ist sicher — das Bündnis ist gestärkt. Der Ost-West-Dialog geht weiter. Diese Erfolge müssen wir offensiv vertreten.

Broschüre:
**Frieden und Freiheit sichern –
Deutschlands Einheit wahren**

Mindestabnahme: 50 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 21,00 DM
Bestell-Nr.: 5791



**Frieden und Freiheit
sichern – Deutschlands
Einheit wahren**



Vertrauen in die Zukunft
Wir sind auf einem guten
Weg in Deutschland

Unsere Innenpolitik

Die neue Broschüre zeigt unwiderlegbar: Freiheit und Sicherheit für alle Bürger werden von der Regierung Helmut Kohl garantiert.

Broschüre:
**Freiheit und Sicherheit
für alle Bürger**

Mindestabnahme: 50 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 17,00 DM
Bestell-Nr.: 5775



**Freiheit
und Sicherheit
für alle Bürger**



Vertrauen in die Zukunft
Wir sind auf einem guten
Weg in Deutschland

Erfolgsposter

Zur Unterstützung eines jeden Vortragsredners dient dieses „Erfolgsposter“. Eingerollt läßt es sich leicht mitnehmen. An der Wand befestigt, zeigt es unübersehbar die wichtigsten Erfolge der Regierung Helmut Kohl.



Poster:
Das sind die Erfolge
der Regierung
Helmut Kohl

Mindestabnahme: 1 Expl.
 Preis pro Mindestabnahme:
 9,80 DM
 Bestell-Nr.: 8737

Argumentationskarten-Set

Aktive Beschäftigungspolitik:
So helfen wir den Arbeitslosen

Unser Programm gegen die Arbeitslosigkeit hilft ganz konkret.

- Weiterbildung kommt besonders jungen Arbeitslosen zugute.
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen jetzt bereits vom 50. Lebensjahr an.
- Eingliederungsbeihilfe für schwervermittelbare Arbeitslose wird von einem auf zwei Jahre verlängert.
- Mittelbares Arbeitsgeld für Arbeitslose, die sich selbständig machen wollen.
- Überbrückungsgeld für Arbeitslose, die sich länger als 44. Lebensjahr an der Arbeitslosigkeit befinden.
- Es gibt länger als 49 Jahre 20 Monate, 16 Monate lang, ab 54 Jahre und älter sind, Arbeitslosengeld, die 58 Jahre und älter sind, können Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe weiterbeziehend, ohne der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen zu müssen.

Vertrauen in die Zukunft
 Wir sind auf einem guten Weg in Deutschland



Unsere politischen Trümpfe sind auf 8 handlichen Karten kurz dargestellt.

Mindestabnahme:
 50 Sets
 Preis pro Mindestabnahme:
 11,50 DM
 Bestell-Nr.: 7703



Zur Auseinandersetzung mit der SPD

SPD – Partei ohne wirtschaftspolitische Alternative



Staatliche Beschäftigungsprogramme schaffen keine sicheren und dauerhaften Arbeitsplätze



Mindestabnahme:
50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:
26,50 DM

Bestell-Nr.: 5694

Broschüre: SPD – Partei ohne wirtschaftspolitische Alternative

Die SPD hängt immer noch überholten wirtschaftspolitischen Vorstellungen nach, die unsere Wirtschaft schon einmal zugrunde gerichtet haben.

Broschüre: Der außenpolitische Kurswechsel der SPD in der Opposition

In der Opposition haben sich in der SPD jene Kräfte durchgesetzt, die einen gefährlichen Kurs vertreten.

Der außenpolitische Kurswechsel der SPD in der Opposition

Anti-amerikanische Tendenzen schaden dem deutschen Interesse



Mindestabnahme:
50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:
24,00 DM

Bestell-Nr.: 5688

Für Senioren – Mit Senioren

Videofilm: Selbständig – Sicher – Geborgen
Für ein glückliches Leben im Alter

SELBSTÄNDIG – SICHER – GEBORGEN

FÜR EIN GLÜCKLICHES

LEBEN IM ALTER

Videofilm über den Senioren-Kongreß der CDU in Bonn



Videofilm über den Senioren-Kongreß der CDU

Mindestabnahme:
1 Expl.

Preis pro Mindestabnahme:
19,80 DM

Bestell-Nr.:
4809 VHS
4810 Betamax
4811 Video 2000

Offensive für mehr Beschäftigung

Leitfaden: CDU-Offensive für mehr Beschäftigung

Vorschläge, wie sich die CDU-Verbände vor Ort für mehr Beschäftigung einsetzen können.

Mindestabnahme: 10 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 9,30 DM
Bestell-Nr.: 3705

12seitiges Falblatt: „Jetzt einstellen“

Ausführliche Erläuterungen der Möglichkeiten, die das Beschäftigungsförderungsgesetz bietet.

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 18,00 DM
Bestell-Nr.: 2658



Die neue Partnerschaft

Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft

Anregungen zur Arbeit mit den Essener Leitsätzen



SIEMENS

Wir stellen ein:
Funkelektroniker
Informationselektroniker
Lötnerinnen
Handarbeiterinnen
Einrichter



Beschäftigungsaktion
10.000

CDU-Offensive für mehr Beschäftigung

Leitfaden für Aktionen von CDU-Verbänden

„Neue Partnerschaft“

Aktionsleitfaden: „Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft“

Anregungen zur Arbeit mit den Essener Leitsätzen

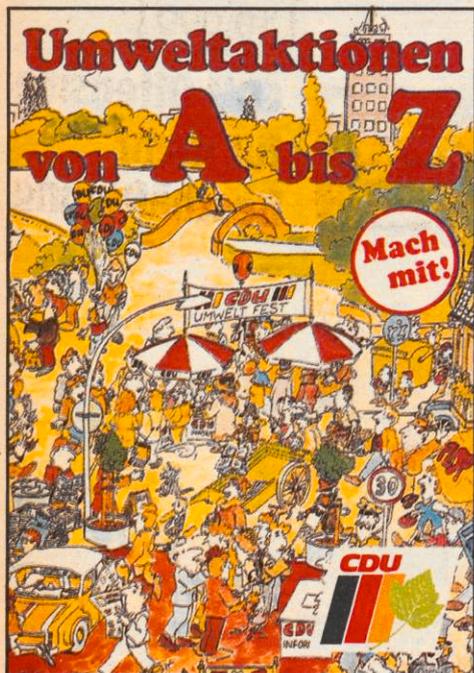
Mindestabnahme: 10 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 7,15 DM
Bestell-Nr.: 3696

Beschluß des 33. Bundesparteitages der CDU in Essen 1985

Diese Broschüre gibt den Originalwortlaut der beschlossenen Leitsätze wieder.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 21,50 DM
Bestell-Nr.: 5708

Mit uns für eine lebenswerte Umwelt



Aktionshandbuch: Umweltaktionen von A bis Z Mach mit!

Vielfältige Aktionsbeispiele regen zum Mitmachen an.

Mindestabnahme: 10 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 7,00 DM
Bestell-Nr.: 3670

Zeitung: Mit uns für eine lebenswerte Umwelt

Diese Zeitung enthält Artikel zu allen wichtigen Umweltfragen, auf der Innenseite ist ein großes, vierfarbiges Poster mit Umwelt-ABC.

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 19,00 DM
Bestell-Nr.: 2662

Rahmenflugblatt: Mit uns für eine lebenswerte Umwelt

Die Vorderseite mit dem Aktionszeichen steht für den Eindruck von Informationen der CDU-Kreisverbände zur Verfügung. Die Rückseite enthält die Bilanz der erfolgreichen Umweltpolitik der Bundesregierung.

Mindestabnahme: 500 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 25,00 DM
Bestell-Nr.: 1695

Rahmenplakat (DIN A1)

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 20,00 DM
Bestell-Nr.: 8695

Broschüre: Katalysator, bleifreies Benzin: Unsere Luft wird sauberer

Alle Informationen, wie man als Autofahrer die Umwelt schützen und zugleich Steuern sparen kann.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 10,00 DM
Bestell-Nr.: 2664

Katalysator, bleifreies Benzin:

Unsere Luft wird sauberer

Klarheit für Autofahrer:
Alle Informationen zur Steuer-
befreiung und -vergünstigung
mit Tabellen und Beispielen

So sparen Sie Geld und schützen Ihre Umwelt!

Materialien zur Mitgliederwerbung

Leitfaden

„Mitgliederwerbung leicht gemacht“



Erfolgreiche Modelle für CDU-Verbände



Leitfaden: Mitgliederwerbung leicht gemacht

Drei erfolgreiche Modelle zur Mitgliederwerbung auf CDU-Verbandsebene werden in dieser Broschüre ausführlich vorgestellt.

Mindestabnahme: 10 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 6,75 DM
Bestell-Nr.: 6704

Vornotieren:

Aktionsleiter-Treffen in Bonn
Seminar IV am 12./13. Mai 1986

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle bietet für Aktionsleiter, die von den Kreisverbänden benannt werden, Seminare an. Ausführliche Informationen:

Tel. (02 28) 5 44-371

Mitgliederwerbeprospekt: 10 Fragen, die Sie sich beantworten sollten

Auf einleuchtende Art und Weise hilft dieser kleine Fragenkatalog CDU-Anhängern, den letzten Schritt auf dem Wege zur Mitgliedschaft in die CDU zielstrebig anzugehen; denn oft fehlt nur noch ein kleiner Anstoß!

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 20,00 DM
Bestell-Nr.: 6684

Faltprospekt: So werben Sie Mitglieder für die CDU

Wie führt man ein erfolgreiches Werbesgespräch? Was muß man dabei in jedem Falle berücksichtigen? Auf alle Fragen gibt unser Faltprospekt Tips und Hinweise und hilft Ihnen mit stichhaltigen Argumenten zielsicher weiter.

Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 13,00 DM
Bestell-Nr.: 6685

Beitrittserklärung:

Was jeder CDU-Mitgliederwerber stets in der Jackentasche mit sich führt: die auch optisch ansprechenden Aufnahmeanträge der CDU, die kostenlos erhältlich sind.

Mindestabnahme: 150 Exemplare
Bestell-Nr.: 6717
(Beitrittserklärung ohne Staffel)
Bestell-Nr.: 6718
(Beitrittserklärung mit Staffel)

Zur Sache:

Vorsicht, Fangfrage!

Der DGB veranstaltet in diesen Tagen unter den Arbeitnehmern in den Betrieben eine „Umfrage“. Mit Ja oder Nein soll auf folgende (Fang-) Frage geantwortet werden:

„Ich will die Streikfähigkeit der Gewerkschaften erhalten. Deshalb lehne ich die vom Deutschen Bundestag beschlossene Änderung des Streikparagrafen 116 AFG ab.“

Wenn man diese Frage richtig beantworten will, muß man **zwei Kreuze machen**, denn:

● Alle wollen die Streikfähigkeit der Gewerkschaften erhalten. Auch die Bundesregierung. Deshalb:

Ja ankreuzen!

● Niemand will die lückenhafte Fassung des alten § 116 AFG. Auch der DGB nicht, der die frühere Fassung selbst als „unklar“ bezeichnet hat (Geschäftsbericht 1969/71). Deshalb:

Nein ankreuzen!

Die neue Fassung des § 116 AFG hat mit der Streikfähigkeit der Gewerkschaften überhaupt nichts zu tun. Es wird lediglich klargestellt:

Streikende erhalten kein Geld, und diejenigen, für die mitgestreikt wird, erhalten auch kein Geld von der Bundesanstalt für Arbeit. Denn die muß in Arbeitskämpfen neutral bleiben, um die Rechte **aller** Arbeitnehmer wahren zu können. Alle anderen von einem Arbeitskampf Betroffenen erhalten Leistungen.

Der DGB will in Wirklichkeit von der Neuen Heimat ablenken

Der DGB braucht das wahrheitswidrige Getöse um den § 116 AFG, weil er von seinen eigenen Skandalen ablenken will. Das Mißmanagement bei der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat ist so groß, daß man noch nicht einmal neutrale Prüfer ins Haus lassen will. Schon mehr als 1,5 Milliarden Mark der Arbeitnehmer mußten zur Stützung des Gewerkschaftsunternehmens herhalten.

Statt Fangfragen zu formulieren, sollte einmal die ehrliche Frage gestellt werden: **Kolleginnen und Kollegen, seid Ihr damit einverstanden, daß die Gewerkschaften Eure Beitragsgelder in Milliardenhöhe für die Neue Heimat mißbraucht haben?**

Das Ergebnis steht schon fest!

Die ersten Veröffentlichungen aus dem DGB über das geplante „Arbeitnehmer-Votum“ lassen bereits deutlich die Stoßrichtung dieser Aktion erkennen. Es geht den Gewerkschaften nicht um sachliche Informationen über die Neufassung des Paragraphen 116 AFG, sondern um die Rettung und Fortsetzung der Kampagne gegen die Bundesregierung. Das wird durch folgende Beispiele bewiesen:

Beispiel 1

In der Pressemitteilung des DGB vom 20. März 86 heißt es: „Die Arbeitnehmerbefragung werde Gelegenheit bieten, über den arbeitnehmerfeindlichen und antigewerkschaftlichen Charakter der Regierungspolitik weiter aufzuklären.“

Beispiel 2

Verräterisch ist die Sprache, mit der die Aktion in der „Welt der Arbeit“ (Sonderausgabe 3/86) angekündigt wird: „Der DGB führt eine Befragungsaktion gegen die geplante Änderung des Paragraphen 116 AFG durch.“

Beispiel 3

Im gleichen Artikel der „Welt der Arbeit“ heißt es weiter: „Die Arbeitnehmer erhalten in den Betrieben durch ihre Gewerkschaften Fragebogen, auf denen sie klarmachen können, wohin die AFG-Neufassung gehört: in den Papierkorb!“

Beispiel 4

Seine wahren Absichten entlarvt der DGB mit der Fangfrage, die er den Arbeitnehmern vorlegen will: „Ich will die Streikfähigkeit der Gewerkschaften erhalten. Deshalb lehne ich die vom Deutschen Bundestag beschlossene Änderung des Streikparagraphen 116 AFG ab.“ Da-

mit steht auch das Ergebnis der Befragung fest. Denn kein Arbeitnehmer wird sich für die Einschränkung des Streikrechts aussprechen. Daß der Paragraph 116 AFG damit überhaupt nichts zu tun hat, wird ihm verschwiegen und das Gegenteil suggeriert.

Beispiel 5

Der Stimmzettel, den der DGB an die Arbeitnehmer verteilen läßt, enthält einen Aufruf. Darin heißt es: „Das Votum der Mehrheit des Deutschen Bundestages ist ein frontaler Angriff auf die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften und gefährdet den sozialen Frieden. Wir setzen das Votum der Arbeitnehmer dagegen!“

Der DGB stellt somit den Beschluß eines Verfassungsorgans, nämlich des freigeählten Bundestages, auf eine Sprachenebene mit seiner Befragungsaktion. Damit werden die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie in Frage gestellt.

Darüber hinaus enthält der Aufruf die bereits bekannten Falschmeldungen über die Gesetzesneufassung. So behauptet der DGB: „Das jetzt beschlossene Gesetz verdreht die geltende Rechtslage zu Lasten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in ihr Gegenteil!“

Tatsache ist:

Die Gesetzesneufassung stellt klar, daß an Arbeitnehmer derselben Branche außerhalb des Kampfgebietes nur dann keine Leistungen gezahlt werden, wenn der Arbeitskampf stellvertretend auch um die Arbeitsbedingungen dieser Arbeitnehmer geführt wird. In allen anderen Fällen erhalten mittelbar vom Arbeitskampf betroffene Arbeitnehmer immer Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld. Das verschweigt der DGB seinen Mitgliedern.

Helmut Kohl: Wir werden den erfolgreichen Weg fortsetzen

Bundeskanzler Helmut Kohl zog in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ eine Bilanz seiner erfolgreichen Regierungspolitik. Es hieß den Wähler unterschätzen, wenn man ihm unterstellt, daß er nach Kategorien wie „mögen“ oder „nicht mögen“ entscheidet, sagte der Kanzler und fuhr fort:

Der Wähler orientiert sich an den Tatsachen, an den handgreiflichen Ergebnissen einer Politik. Und wir können mit der Bilanz unserer Arbeit vor kritischen Blicken bestehen. Das wird bis zum Wahltermin immer deutlicher werden, sicherlich auch in den demoskopischen Umfragen. Im übrigen sehen die Bürger selbst, daß wir auf einem guten Weg sind: Das spüren die Rentner, die Arbeitnehmer ebenso wie die Unternehmer. Wir sind doch gemeinsam mit großen Anstrengungen auf diesen Weg der Vernunft und Zuversicht zurückgekehrt. Die Opfer und Anstrengungen der Bürger dafür sind nicht gering gewesen und sollten ebenso wie die richtigen politischen Weichenstellungen Anerkennung finden.

Um die Leistungen dieser Regierung zu beurteilen, muß man sich nur an die Ausgangslage im Herbst 1982 erinnern. Nehmen wir die Wirtschafts- und Sozialpolitik: Bevor ich mein Amt antrat, nahm die Staatsverschuldung Jahr für Jahr dramatisch zu, gleichzeitig schrumpfte die Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit stieg scheinbar unaufhaltsam, die Jahresraten von über 40 Prozent und die Zahl der Erwerbstätigen nahm rasch ab, vom Herbst 1980 bis Herbst 1982 um über 650 000. Hohe Inflationsraten zehrten die Einkommenssteigerungen der Arbeitnehmer

und Rentner nicht nur auf, sie ließen die Kaufkraft sogar zurückgehen. Das soziale Sicherungssystem steckte in einer tiefen Krise, die Rentenversicherung stand kurz vor dem Bankrott. Das war das Ergebnis einer Politik, die allen alles versprochen hatte.

Meine Regierung konnte keine neuen Wohltaten versprechen. Im Gegenteil: Wir mußten Opfer fordern. Aber es hat sich gelohnt:

Der Haushalt ist in Ordnung

Heute sind die Staatsfinanzen wieder im Lot, die Neuverschuldung des Bundes ist halbiert worden. Wir haben wieder ein stabiles und stetiges Wirtschaftswachstum: im vergangenen Jahr 2,5 Prozent, in diesem Jahr mindestens 3 Prozent; wahrscheinlich deutlich mehr. Damit gehören wir zur Spitzengruppe der Industrieländer.

Der Beschäftigungsrückgang und der dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit konnten gestoppt werden. Gegenüber dem Tiefstand der Beschäftigung, 1983, verzeichnen wir einen Zuwachs von 350 000 Arbeitsplätzen, und die Zahl nimmt immer schneller zu. Für 1986 erwarten die Fachleute noch einmal 300 000 oder mehr. Das sind also zusammen weit mehr als 600 000 neue Arbeitsplätze.

Wenn die Arbeitslosenzahlen trotzdem noch hoch — zu hoch — sind, so hängt dies vor allem damit zusammen, daß immer noch deutlich mehr Berufsanfänger neu auf den Arbeitsmarkt kommen als Ältere ausscheiden.

Außerdem rechnen sich angesichts der günstigen Wirtschaftsentwicklung auch mehr und mehr Bürger, die bisher noch

gar nicht oder aber seit längerer Zeit nicht mehr erwerbstätig waren, günstige Beschäftigungschancen aus und melden sich beim Arbeitsamt. In diesem Jahr dürfte gleichwohl — mit einem Rückgang um 150 000 bis 200 000, wie die Experten schätzen — auch bei der Arbeitslosigkeit der Durchbruch erreicht werden. Die Zahl der Kurzarbeiter ist seit Anfang 1983 um fast eine Million zurückgegangen. Kurzarbeit spielt heute — abgesehen von dem besonderen Problembereich der Bauwirtschaft — praktisch keine Rolle mehr. Die Jugendarbeitslosigkeit ist heute niedriger als 1982.

Stabile Preise

Die Preissteigerungsrate ist von 6,5 Prozent im Januar 1982 auf 0,1 Prozent im März diesen Jahres zurückgegangen — der niedrigste Stand seit 1968. Fachleute gehen davon aus, daß dieses hohe Maß an Preisstabilität, das auch international ohne Beispiel ist, weiterhin anhält. Das kommt allen zugute, gerade auch den Beziehern kleiner Einkommen, die nun — anders als in früheren Jahren — wieder über mehr Kaufkraft verfügen. Für die Sparer bedeutet der stabile Geldwert gleichzeitig Wertzuwachs statt Substanzverlust.

Das soziale Sicherungssystem steht heute wieder auf einer sicheren Grundlage. Die Rentenfinanzen haben sich — auch dank der spürbaren Beschäftigungszunahme — günstig entwickelt. Die Zahlung der Renten ist voll gesichert.

Durchbruch in der Familienpolitik

Dieser Kurs der Stabilität und der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft hat uns neue Spielräume einer sozialen Politik eröffnet. Mit dem Erziehungsgeld und steuerlichen Erleichterungen haben wir umfassende Verbesserungen für Familien mit Kindern durchgesetzt — insgesamt ein Paket von rund 10 Milliarden

Mark. Wir haben die notwendige Neuordnung der Hinterbliebenenrente geschaffen und mit der Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung die 100jährige Benachteiligung der Mütter bei der Rente beseitigt. Auch damit wurden grundsätzliche Weichen für eine familienfreundliche Politik gestellt.

Alles in allem eine Bilanz, die sich sehen lassen kann. Und es ist sicher kein Zufall, daß heute statt Zukunftsangst und Pessimismus Zuversicht und Vertrauen das Bild bestimmen. An der Jahreswende 1985/86 sahen 61 Prozent dem neuen Jahr mit Hoffnung entgegen, vier Jahre zuvor waren es nur 32 Prozent gewesen. Wir werden diese Hoffnungen nicht enttäuschen, sondern auf dem so erfolgreich beschrittenen Weg weitergehen.

Mehrheit für Koalition

Nach einer Sonntags-Umfrage, die in „Welt am Sonntag“ vom 6. 4. veröffentlicht wurde, würden die Bundesbürger wie folgt wählen:

44 Prozent CDU/CSU, 41 Prozent SPD, 8 Prozent Grüne, 7 Prozent FDP.

Bundeskanzler Kohl hat das Vertrauen der Wirtschaft

Bei einer Umfrage des Emnid-Instituts im Auftrag der „Wirtschaftswoche“ antworteten auf die Frage, ob bei einem Kanzler Rau die Marktwirtschaft in besseren Händen wäre als bei Bundeskanzler Kohl, 156 Unternehmer mit Nein, nur 16 mit Ja. Dieses eindeutige Votum für den derzeitigen Bundeskanzler ist auch ein Indiz für die Zuversicht der Wirtschaft.

SDI-Vereinbarungen: Deutsche Interessen gesichert

Die Bundesregierung begrüßt den erfolgreichen Abschluß der deutsch-amerikanischen Verhandlungen über eine Vereinbarung zur Beteiligung deutscher Industrie- und Forschungseinrichtungen am SDI-Forschungsprogramm sowie über allgemeine Fragen des Technologieaustausches. Die Bundesregierung empfindet besondere Genugtuung, daß beide Vereinbarungen zeitgleich abgeschlossen werden konnten.

Am 18. April 1985 hatte Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Regierungserklärung das deutsche Interesse an der technologischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit angekündigt. Nach neunmonatigen sorgfältigen Vorgesprächen und intensiven Verhandlungen ist es jetzt gelungen, die Voraussetzungen und Bedingungen für eine Zusammenarbeit der privat-wirtschaftlich organisierten deutschen Industrie und Forschung mit der amerikanischen Industrie und Forschung im Rahmen des SDI-Forschungsprogramms und im allgemeinen deutlich zu verbessern. Der Bundesregierung ging es darum, die Chancen für die deutsche In-

dustrie und Forschung zu erhöhen, Anschluß an der technologischen Entwicklung in den USA zu gewinnen.

Es wird jetzt die Aufgabe der deutschen Industrie und Forschung sein, auf der Grundlage der getroffenen Vereinbarungen die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den USA bestmöglich zu nutzen. Ausmaß und Qualität der Zusammenarbeit bestimmen sich allein aus der Interessenlage der Industrie und Forschung in beiden Ländern.

Bei den Verhandlungen hat sich erneut das freundschaftliche und partnerschaftliche Verhältnis zwischen beiden Ländern und beiden Regierungen bewährt. Die deutschen Interessen konnten im größtmöglichen Umfang eingebracht und gesichert werden.

Die ablehnende Haltung der Opposition beweist einmal mehr, daß sich ihre Politik immer deutlicher gegen die westlichen Interessen insgesamt richtet, gegen die Freundschaft mit den USA wie gegen das Atlantische Bündnis. Die Folge wäre die internationale Isolierung der Bundesrepublik Deutschland.

Volker Rühle: SPD bricht mit den Grundlagen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Die Außen- und Sicherheitspolitik der Sozialdemokraten würde nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühle, auf Dauer bündnisunfähig machen. Die SPD betreibe immer stärker einen Bruch mit den Grundlagen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, sagte Rühle im Interview mit der WELT:

Frage: Von den Sozialdemokraten hört man, sie fühlten sich an die Abkommen mit den USA zur deutschen SDI-Beteiligung nicht gebunden. Wie bewerten sie das?

Rühle: Die SPD hat sich ja in der Vergangenheit gelegentlich nicht einmal an Dinge gebunden gefühlt, die sie selbst verein-

bart hat — wie die NATO-Nachrüstung. Sie hat dort einen Wortbruch begangen. Deswegen darf es nicht verwundern, daß sie sich nicht gebunden fühlt an Vereinbarungen, die diese Bundesregierung getroffen hat. Aber es ist natürlich entlarvend und in hohem Maße unverantwortlich, solche Erklärungen abzugeben, ohne abzuwarten, welche Erfahrungen mit diesem Abkommen wir in den nächsten Jahren machen werden; vor allem, welche Erfahrung die deutschen Firmen damit machen werden.

Frage: In der SPD ist ein Abrücken von früheren außenpolitischen Positionen festzustellen, von der Nachrüstung bis zur Forderung nach dem NATO-Austritt. SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau schweigt dazu. Muß das nicht besorgt machen?

Rühe: Die SPD betreibt immer stärker einen Bruch mit den Grundlagen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, während diese Bundesregierung in der Kontinuität der Adenauerschen West- und Sicherheitspolitik steht. Diese grundsätzliche Auseinandersetzung müssen wir der Öffentlichkeit deutlich machen. Wir können insbesondere Herrn Rau nicht gestatten, daß er mit Lächeln darüber hinweggeht und noch länger der große Schweiger in dieser Angelegenheit ist. Herr Lafontaine hat den Austritt der Bundesrepublik aus der militärischen Integration der NATO gefordert. Wenn wir diesem Vorschlag folgen würden, wäre das das Ende der NATO und auch das Ende von Sicherheit und Freiheit für die Bundesrepublik Deutschland.

Frage: Sie sprechen von einem Bruch mit den Grundlagen der Außenpolitik durch die SPD ...

Rühe: Die mangelnde Fähigkeit, noch länger Sicherheitspolitik im Rahmen des westlichen Bündnisses zu betreiben, ist gerade in den letzten Tagen deutlich ge-

worden, als Egon Bahr Sorgen über eine mögliche Modernisierung der Chemiewaffen durch die Amerikaner geäußert hat. Ich habe von ihm in den vergangenen zehn Jahren keine Äußerung gehört über die massive C-Waffen-Entwicklung in der Sowjetunion. Dies ist erneut ein Beispiel dafür, daß man immer Kritik an den Amerikanern übt, aber auf der anderen Seite dasselbe bei der Sowjetunion toleriert. Die ganze Haltung der SPD zu SDI ist ein Beispiel für eine wachsende Unfähigkeit der SPD, Bündnispositionen zu tragen. Die Sozialdemokraten können die Sowjets nicht an entsprechenden Forschungen hindern. Sie versuchen es nicht einmal. Aber sie machen den Versuch, unseren westlichen Bündnispartner durch die Mobilisierung der öffentlichen Meinung zu behindern. Das ist eine einäugige, eine einseitige Politik, die bündnisunfähig machen würde — jedenfalls bündnisunfähig mit unseren westlichen Partnern.

Frage: In der Koalition wird das SDI-Abkommen mit den USA unterschiedlich bewertet. Die FDP betont den Charakter des Wirtschaftsabkommens, die Union dagegen den sicherheitspolitischen Aspekt. Wie ist Ihr Urteil darüber?

Rühe: Richtig ist, daß es sich bei der SDI-Forschung in erster Linie um ein sicherheitspolitisches Vorhaben handelt. Aber ganz konkret geht es bei diesem Vertrag zu diesem Zeitpunkt in erster Linie darum, die Kooperationsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft zu verbessern und abzusichern. Dazugekommen ist die Schaffung eines Informationsstranges zwischen den beiden Verteidigungsministerien. Insofern kann man sagen, daß das Abkommen auf zwei Ebenen steht. Ich halte es für töricht, nun einen Streit mit der Zielsetzung zu führen, die eine oder die andere Seite besonders herauszustreichen.

DM-Aufwertung kommt vor allem den Verbrauchern zugute

Der Beschluß der Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft vom 6. April 1986 zur Neufestsetzung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem ist eine Bekräftigung und Befestigung der währungs-, wirtschafts- und finanzpolitischen Zusammenarbeit in der Gemeinschaft. Die Beratungen haben gezeigt, daß die Mitgliedstaaten heute im wesentlichen von denselben Grundsätzen und Prioritäten ausgehen. Die Übereinstimmung hat in letzter Zeit noch zugenommen, erklärte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg.

Vorherrschend ist das Ziel, die stabilitätspolitischen Erfolge der letzten Jahre zu sichern, die Gesundung der öffentlichen Haushalte noch weiter voranzubringen und vor allem eine langfristige Periode wirtschaftlichen Wachstums als wichtigste Voraussetzung für die Zurückführung der Arbeitslosigkeit in Europa zu erreichen. Bemerkenswert an den Verhandlungen des vergangenen Wochenendes ist, daß nahezu alle Mitgliedstaaten ihre Währung in möglichst großer Nähe zur Deutschen Mark halten wollen. Darin spiegelt sich die hohe Einschätzung der Bundesregierung bei ihren europäischen Partnern wider.

Für uns bedeuten die neuen Leitkurse keine Beeinträchtigung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die Neubewertung der Mark im Wechselkursverbund verbessert vielmehr unsere Chance, über 1986 hinaus ein hohes Maß an Geldwertstabilität zu erreichen. Wir können jetzt für dieses Jahr mit nahezu völliger Stabilität der Lebenshaltungskosten und einer nur geringfügigen Zunahme der

Produktionskosten rechnen, wenn die Tarifpartner diesen Prozeß fördern. Eine so günstige Situation hatte die Bundesrepublik Deutschland in diesem zentralen Bereich seit zwei Jahrzehnten nicht mehr zu verzeichnen. Dies ist zusammen mit dem Ergebnis der Haushaltssanierung die Trumpfkarte für eine erfolgreiche langfristige wirtschafts-, währungs- und finanzpolitische Strategie.

Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft ist freilich, daß alle gesellschaftlichen Gruppen auch weiterhin ihren Beitrag hierzu leisten. Die ersten Tarifabschlüsse dieses Jahres tragen den genannten Erfordernissen in noch ausreichender Weise Rechnung. Es ist wichtig für die langfristige Verbesserung der privaten Nachfrage und damit der Kaufkraft der Bevölkerung, daß insbesondere die IG Metall zu einem stabilitätspolitisch angemessenen Lohnabschluß bereit ist. Die DGB-Führung sollte ihre propagandistische Kampagne gegen die Beschlüsse des Deutschen Bundestages zu § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes beenden und statt dessen konstruktiv an einer stabilitätspolitischen Strategie für Wachstum und Beschäftigung mitwirken.

Der wirtschaftliche Aufschwung beruht immer stärker auf hohen privaten Investitionen, zunehmend auch arbeitsplatzschaffenden Erweiterungsinvestitionen und einer über 1986 hinaus erforderlichen stetigen Zunahme der privaten Nachfrage. Dafür sind das Vertrauen in anhaltende Geldwertstabilität sowie eine erfolgreiche Währungspolitik, die niedrige Zinsen ermöglicht, von großer Bedeutung.

Das Europäische Währungssystem hat

mit dem jüngsten Beschluß erneut seine Funktionsfähigkeit unter Beweis gestellt. Auch weltweit ist die Entwicklung der Hauptwährungen wesentlich für die künftigen Wachstumsperspektiven, eine ausgewogenere Handels- und Leistungsbilanzstruktur und die Bewältigung der Schuldenkrise.

Allerdings sind die Unterschiede in den ökonomischen Grunddaten in der Weltwirtschaft nach wie vor unvergleichlich größer als in Westeuropa. Deshalb sehen wir in vorausschaubarer Zeit nicht die Möglichkeit, die Struktur des europäischen Währungssystems auf die Weltwirtschaft oder auf alle Industrieländer zu übertragen.

Die Bundesregierung wird bei der bevorstehenden Tagung des Internationalen Währungsfonds und bei dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio mit Nachdruck für eine größere Konvergenz der Wirtschafts-, Haushalts- und Währungspolitik, insbesondere der größeren Industrieländer, eintreten. Die pragmatische Zusammenarbeit, unter bestimmten Bedingungen auch durch zeitweise abgestimmte Interventionen der Notenbanken, hat sich in der jüngsten Vergangenheit besonders bewährt. Wir sollten, falls erforderlich, auf diesem Wege weitergehen, anstatt eine völlige Neuordnung des Währungssystems zu diskutieren, die in vorausschaubarer Zeit nicht erreichbar ist.

Pressestimmen:

Billiger könnten kurzfristig importierte Erzeugnisse vor allem aus Frankreich werden. Urlauber erhalten mehr Francs für ihre D-Mark.

(Die Welt, 7. April 86)

Für Deutsche werden Importe und Ferien billiger

Billiger werden für Deutsche und Niederländer Importwaren aus den EWS-Partnerländern oder Urlaubsaufenthalte.

(Kölnische Rundschau, 7. April 86)

Bonus für die Mark

Die Deutsche Mark hat in der internationalen Bewertung im Vergleich zum Los der europäischen Währungen einen weiteren Bonus erhalten: . . . Mit der neuerlichen Aufwertung der Mark addiert sich der Wertzuwachs, den sie gegenüber den anderen EWS-Währungen seit 1979 erreicht hat, auf rund 23 Prozent.

(Rheinische Post, 7. April 86)

Gut für unsere Preise

Die meisten Bundesbürger können sich über die neuen Wechselkurse ohnehin nur freuen. Denn nicht nur die Reisen nach Italien und Frankreich werden spürbar billiger; Gleiches gilt für die Importe aus jenen Ländern. Damit ist das Fundament unserer Preisstabilität im Inland weiter gestärkt worden.

(Kölnische Rundschau — Kommentar, 7. April 86)

Erfreulich

Der deutsche Urlauber . . . wird . . . etwas besser abschneiden. Er erhält die Lira und den Franc zu einem günstigeren Kurs als bisher. Durch die Neuordnung der Kurse innerhalb des Europäischen Währungssystems werden sich außerdem die Einfuhren aus den Ländern, die ihm angehören, nochmals verbilligen. Die erstaunliche Preisstabilität in der Bundesrepublik wird zusätzlich abgesichert.

(Kölner Stadt-Anzeiger, 7. April 86)

Preisstabilität erreicht – Inflation gleich Null

Wir haben eine Null-Inflation — Wir haben die Null erreicht — Preisstabilität — so oder ähnlich lauteten zahlreiche und eindrucksvolle Überschriften in Zeitungskomentaren und Meldungen nach Veröffentlichung des Verbraucherindex im März.

Eine Preissteigerungsrate von nur noch 0,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat zeigt, daß die Bundesregierung das Stabilitätsziel erreicht hat. Damit ist die Bundesrepublik im internationalen Vergleich Spitzenreiter bei der Inflationsbekämpfung.

Wie der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Ost, Radio Bremen am 29. März 1986 in einem Interview erklärte, habe es ein solch hohes Maß an Preisstabilität seit den 50er Jahren nicht mehr gegeben. Daß die Mark wieder 100 Pfennig wert sei, daß die Kaufkraft der Mark im Innern und damit auch nach draußen besonders hoch sei, dies sei vor allem auf die konsequente Finanz- und Stabilitätspolitik der Bundesregierung zurückzuführen. Vorteile darin sieht Regierungssprecher Ost für alle Bürger unseres Landes, für die Rentner ebenso wie für Bafög-Empfänger, für die Arbeitnehmer, die nun in diesem Jahr ein besonders hohes Plus bei den Reallöhnen verbuchen können, für die Sparer, die in Zeiten hoher Inflationsraten ihr gutes Geld hergeben und sozusagen schlechtes Geld zurückbekommen. Der Rückgang der Inflationsrate von 6,3 % zu Beginn der 80er Jahre auf nunmehr nahezu 0 % erweist sich damit als unser größter sozialpolitischer Erfolg. Denn stabile Kaufkraft, stabile Preise bedeuten praktizierte Sozialpolitik, wie Staatssekretär Häfele am 1. April in ei-

nem Beitrag des Düsseldorfer Handelsblattes versichert. 1986 dürften die Rentner, auch unter Berücksichtigung des Krankenversicherungsbeitrages, eine reale Steigerung ihrer Renten um rd. 1,5 % erwarten.

Angeregt durch die niedrigen Zinsen entwickelt sich die Nachfrage der Unternehmen nach Ausrüstungsinvestitionen bereits im zweiten Jahr nacheinander außergewöhnlich robust. Nachdem die realen Ausrüstungen bereits 1985 um rd. 9 % gestiegen sind, rechnet die Bundesregierung für dieses Jahr nochmals mit einem Plus in etwa der gleichen Größenordnung. Auch der reale private Verbrauch hat sich seit Mitte letzten Jahres deutlich belebt. Die Menschen haben wieder Vertrauen in die Zukunft. Für das laufende Jahr kann mit einem realen Zuwachs von voraussichtlich 4 % gerechnet werden. Das ist das beste Ergebnis seit neun Jahren! Geldwertstabilität stellt sich nicht von allein ein, sondern sie ist das Ergebnis einer Leistung. Wie Staatssekretär Häfele betont, bedarf es deshalb ständiger Anstrengungen, um die Stabilität zu sichern. U. a. die Tarifparteien müssen noch stärker erkennen, daß weniger meist mehr ist — für die Geldstabilität, für die Realeinkommen und für die Arbeitsplätze.

ZITAT

Ich will die Streikfähigkeit der Gewerkschaften erhalten und lehne es deshalb ab, daß mein Beitragsgeld für das Versagen von DGB-Funktionären bei der Neuen Heimat verwendet wird.

Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister und Mitglied der IG Metall

Umfrage: So gut geht es den Deutschen

Bei einer repräsentativen Umfrage (1 470 bundesweit befragte Personen) der Wikkert-Institute im Auftrag der „Quick“ ergab sich kürzlich, daß es heute mehr als einem Viertel aller Bundesbürger wirtschaftlich besser geht als vor zwölf Monaten. Die einzelnen Daten sind in der nachstehenden Tabelle abzulesen:

Geht es Ihnen heute wirtschaftlich besser als vor einem Jahr oder genauso oder schlechter?			
	besser	genauso	schlechter
alle	27*)	53	20
Männer	30	47	23
Frauen	24	59	17
18 bis 29 Jahre	59	32	9
30 bis 49 Jahre	25	52	23
älter	8	68	24
CDU/CSU-Wähler	33	56	11
SPD-Wähler	14	61	25
FDP-Wähler	65	32	3
Grüne	29	57	14

*) Alle Angaben in Prozent

Themen waren Ausreise und Familienzusammenführung

Bundeskanzler Helmut Kohl und der Außenminister Marian Orzechowski erörterten in einem einstündigen Gespräch die West-Ost-Beziehungen sowie die Perspektiven der bilateralen Beziehungen auf allen Ebenen, einschließlich der Fragen der Ausreise und Familienzusammenführung.

Bundeskanzler Kohl und der polnische Außenminister stimmten darin überein, daß sich neue und günstige Chancen eröffnen haben, die beiderseitigen Beziehungen in vielfältiger Weise auszubauen und zu intensivieren und daß dies im Interesse beider Länder sei. Bundeskanzler Helmut Kohl wies darauf hin, daß sich die wirtschaftlichen Beziehungen und die

technologisch-wissenschaftliche Kooperation um so günstiger entwickeln werden, je konstruktiver sich die Zusammenarbeit auch auf der politischen und kulturellen Ebene wie im humanitären Bereich gestaltet. Grundlage dafür sei der deutsch-polnische Vertrag, der von keiner Seite zu Lasten des anderen nachgebessert werden sollte.

Die Bundesregierung ermöglicht Rettung von Arbed Saarstahl

Durch die volle Übernahme der von ihr verbürgten Kredite an Arbed Saarstahl in Höhe von 705 Mio. DM hat die Bundesregierung nach Ansicht des wirtschaftspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann, entscheidend zur Lösung der Krise bei Arbed Saarstahl beigetragen.

Die Lösung trage den Forderungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Rechnung, da keine neuen Zuschüsse gezahlt werden und das Unternehmen auf Dauer nicht vom Staat, sondern von privaten Eigentümern mit entsprechender unternehmerischer Konzeption übernommen werden soll.

Damit sei der von der SPD-Fraktion erhobene Vorwurf widerlegt, die Bundesregierung riskiere durch ihre angeblich zögernde Haltung den Konkurs des Unternehmens. Es habe sich ein weiteres Mal gezeigt, daß die SPD mit unsachlichen Kampagnen versucht, eine verantwortungsvolle und allen Beteiligten Rechnung tragende Politik in Frage zu stellen.

Vetter gehört zur FDP

Berlins ehemaliger Umweltsenator Horst Vetter gehört nicht der CDU an, wie in UId 10/86 in einer Meldung irrtümlich berichtet wurde, sondern der FDP.

Im März: Deutliche Wende zum Besseren

Der Aufschwung erfaßt auch den Arbeitsmarkt. Die günstige wirtschaftliche Entwicklung wirkt sich weiter positiv auch auf den Arbeitsmarkt aus. Besonders erfreulich ist dabei die Zunahme bei den Stellenangeboten. Die Zahl der offenen Stellen liegt derzeit um rund 40 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Unternehmen und Arbeitsämter sollten sich nun gemeinsam bemühen, diese offenen Stellen rasch zu besetzen. Ebenso gilt es, die Möglichkeiten des Beschäftigungsförderungsgesetzes noch stärker als bisher zu nutzen. Firmenleitungen und Betriebsräte könnten vielen arbeitslosen Menschen die Chance für die Rückkehr an einen Arbeitsplatz eröffnen, wenn auf Überstunden weitgehend verzichtet und wenn in noch mehr Unternehmen eine flexiblere Einstellungspolitik betrieben würde.

Zwar geht die Zahl der Arbeitslosen nur allmählich zurück, da nach wie vor mehr junge Menschen in den Beruf drängen, als ältere Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben ausscheiden und da in zunehmendem Maße Arbeitnehmer aus der sogenannten stillen Reserve wieder einen Arbeitsplatz besetzen. Dennoch: **Im März war die Arbeitslosenzahl um 145 400 niedriger als im Vormonat und um 26 800 niedriger als vor einem Jahr.** Der Trend des Abbaus der Arbeitslosigkeit, der bereits im Januar und Februar diesen Jahres registriert wurde, setzt sich also fort und signalisiert eine sichtbare Wende zum Besseren. Seit 1980 hatten die Arbeitslosenzahlen stets über dem entsprechenden Vorjahresniveau gelegen.

Die Bundesregierung erwartet in den

nächsten Monaten eine weitere deutliche Verringerung der Arbeitslosenzahlen. Der außerordentlich günstige wirtschaftliche Rahmen — das höchste reale Wirtschaftswachstum seit sieben Jahren, das hohe Maß an Preisstabilität, sinkende Zinsen, steigende Investitionen und eine kräftig wachsende Kaufkraft — bildet eine hervorragende Voraussetzung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und für mehr Neueinstellungen. Immerhin ist es bisher schon gelungen, die Zahl der Kurzarbeiter auf nur noch 295 000 abzubauen. Sie liegt damit um fast 1 Mio. niedriger als Anfang 1983.

Angesichts des hohen Anteils von Menschen ohne ausreichende berufliche Qualifikation an der Arbeitslosenzahl insgesamt hat die Bundesregierung mit der 7. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz die Voraussetzungen für eine Qualifizierungsoffensive geschaffen. Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie Arbeitsämter sollten hier mitziehen und mit einer Solidaraktion — vor allem jenen Menschen, die bereits arbeitslos sind — beim Weg zurück in die Arbeitswelt helfen.

Arbeitslosenzahl bald unter zwei Millionen

Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland wird nach Einschätzung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IFW) im Spätsommer 1986 erstmals seit 1982 wieder unter zwei Millionen liegen. Das IFW rechnet für 1986 in der Bundesrepublik mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von „reichlich 3,5“ Prozent.

Eine Kette von Skandalen

Die Kette der Skandale mit der gewerkschaftseigenen Wohnungsbaugesellschaft „Neue Heimat“ setzt sich fort, erklärte der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Städte- und Wohnungsbau, MdB Dr. Franz Möller.

Gegebene Zusagen werden nicht eingehalten! In einem Gespräch am 5. Februar 1986, zwischen DGB-Chef Ernst Breit und „Neue Heimat“-Chef Diether Hoffmann mit dem Bundesbauminister Schneider und den Länderministern, waren erste Schritte für eine Sanierung des durch schweren Managementfehler am Rande des Konkurses operierenden Neue Heimat-Konzerns vereinbart worden. Dazu gehörten:

- die Vermögens- und Schuldensituation der Neuen Heimat von einer neutralen Prüfungsgesellschaft untersuchen zu lassen;
- innerhalb von drei Monaten ein tragfähiges Sanierungskonzept für die Neue Heimat vorzulegen.

Diese Vereinbarung wurde nun gebrochen, da nach sechs Wochen Ernst Breit und Diether Hoffmann dem Bundesbauminister mitgeteilt haben, daß sie keinen Prüfungsauftrag an ein neutrales Wirtschaftsprüfungsinstitut vergeben werden. Statt dessen wollen sie selbst Zahlen zur Lage der Neuen Heimat zusammenstellen.

Wieder sind sechs Wochen, die dringend zur Sanierung der Neuen Heimat benötigt wurden, nutzlos verstrichen. Die Entscheidung der Neuen Heimat erfolgt nicht unerwartet, da schon jetzt, ohne ein Sanierungskonzept vorzulegen oder eine Prüfung einzuleiten, überraschend 2.400 Wohnungen für 142 Mio. Mark an das

von Johannes Rau regierte Bundesland Nordrhein-Westfalen verkauft werden. Obwohl Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit der höchsten Neuverschuldung ist, plant dieses Bundesland auch noch die restlichen Neue Heimat-Wohnungen für 2,4 Mrd. Mark aufzukaufen.

Die Neue Heimat sieht offensichtlich nur Möglichkeiten, mit Steuergeldern aus SPD-regierten Bundesländern ihre Schuldenberge abzubauen. Ihr ist nicht daran gelegen, die sicherlich peinliche Vermögens- und Schuldenlage von einem neutralen Gutachter prüfen zu lassen. Der Bundesfachausschuß „Städte- und Wohnungsbau“ wendet sich entschieden gegen den Versuch von DGB, Neue Heimat und SPD, die Verluste der Neuen Heimat auf Kosten der Steuerzahler auszugleichen.

Der DGB ist reich. Er muß mit seinen Mitteln eine Sanierung der Neuen Heimat erreichen. Steuergelder zur Sanierung der Neuen Heimat wären ein Skandal!

Mitarbeiter demonstrieren mit schwarzen Fahnen

Hunderte von Mitarbeitern der Neuen Heimat haben mit schwarzen Fahnen, Transparenten und einem Sitzstreik vor einer Aufsichtsratssitzung des gewerkschaftseigenen Baukonzerns in Neuss demonstriert. Auf Spruchbändern hieß es „Unsere Leichen leben noch“ und „Kumpel ist das nicht famos, die Gewerkschaft macht uns arbeitslos“. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit konnte sich zur Aufsichtsratssitzung in Neuss nur mühsam einen Weg durch die Demonstranten bahnen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1



**Fußball-Welt-
meisterschaft
Mexiko 1986**
31. Mai bis 29. Juni
Mit WM-Preisausschreiben

CDU
sicher
sozial
und frei

Manche können es kaum noch erwarten...

... doch der CDU-Kalender zur Fußballweltmeisterschaft verkürzt die Wartezeit bis Ende Mai. Jetzt ist er da, unser nützlicher WM-Begleiter für jeden Fußballfan. Bestens geeignet für Verteilaktionen vor Sportplätzen und Hallen. Mit TV-Zeiten und Preisausschreiben.

**Bestellungen beim
IS-Versandzentrum, Postfach 13 28,
4804 Versmold**

**Mindestabnahme: 100 Stück
Preis pro Mindestabnahme:
12,00 DM**

Bestell-Nr.: 2713

Auslieferung Ende April

UID

11/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 * **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** WVA-Druck, Düsseldorf.